



Beschlossen am 31.08.2011 vom  
Juso-Unterbezirksausschuss

## Chancen und Grenzen von BürgerInnenbeteiligung

### *Für die Teilhabegesellschaft und demokratische Strukturen.*

1                                    „Die Demokratie lebt durch das Engagement der Bürgerinnen und  
2                                    Bürger. Darum wollen wir eine starke, lebendige Bürgergesell-  
3                                    schaft, in der die Menschen die Freiheiten der Meinung, der Verei-  
4                                    nigung und Versammlung nutzen. Der demokratische Staat ist die  
5                                    politische Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger.“  
6                                    (Hamburger Programm: S.30)

7  
8 Das Bekenntnis der Jusos zu einer lebendigen BürgerInnengesellschaft ist ein ur-  
9 sozialdemokratisches. Für uns bedeutet dieses Bekenntnis die Teilhabe der Bürge-  
10 rinnen und Bürger an den demokratischen Entscheidungsprozess und es vermittelt  
11 unser Menschenbild, nach dem sich jedes Individuum selbstgesteuert in politische  
12 Entscheidungsprozesse einbringen soll.

13  
14 BürgerInnenbeteiligung ist dabei, neben den klassischen Instrumenten der reprä-  
15 sentativen Demokratie, ein entscheidendes Merkmal einer lebendigen und demokra-  
16 tischen Bürgergesellschaft und dies nicht erst seit den Erfahrungen im Zusammen-  
17 hang mit Stuttgart<sup>21</sup>.

### **BürgerInnenbeteiligung als Prozess**

18  
19 BürgerInnenbeteiligung stellt für uns Jusos einen Prozess dar. Hierunter verstehen  
20 wir zweierlei: Zum einen hat BürgerInnenbeteiligung keinen Selbstzweck, sondern  
21 es muss in politische Abläufe eingebunden sein und den gewählten RepräsentantIn-  
22 nen in den Parlamenten und Räten als professionales Politikberatungsinstrument  
23 zur Verfügung stehen. Dies deutet die zweite Dimension des Prozesscharakters von  
24 BürgerInnenbeteiligung an: BürgerInnenbeteiligung ist für uns nicht nur ein In-  
25 strument zur Entschärfung gesellschaftlicher Konflikte, sondern vielmehr ein In-  
26 strument des Agenda-Settings: BürgerInnenbeteiligung muss Impulse dort setzen  
27 können, wo Themen durch die „hauptamtlichen“ Politikerinnen und Politiker nicht  
28 genügend Beachtung finden!

### **Beteiligungsformen und -formate**

29  
30  
31 Unsere Vorstellungen von BürgerInnenbeteiligung geht über die klassischen Forma-  
32 te BürgerInnenbegehren, BürgerInnenentscheide, BürgerInnenfragestunden oder  
33

## „Chancen und Grenzen von BürgerInnenbeteiligung“

34 BürgerInneneingaben hinaus. Vielmehr müssen sich Beteiligungsformate öffnen.  
35 Die themenbezogene Beteiligung im Sinne der eben genannten Formate gilt es zu  
36 erhalten und durch weitere Instrumente zu erweitern. Hierzu zählen BürgerInnen-  
37 konferenz bzw. Stadtteilkonferenzen, die sich offen zeigen für Anregungen und ihre  
38 Diskussion nicht im Vorfeld auf einen thematischen Bereich eingrenzen. Hierbei  
39 sollte die Methode des „Open-Space“ angewendet werden, um Bürgerinnen und  
40 Bürger auch in der Formulierung von Politik-Visionen Beteiligungsraum zu bieten.  
41 Zusätzlich sollten Internet-basierte Plattformen zur Verfügung gestellt werden, die  
42 den BürgerInnen zum Austausch von Ideen angeboten werden. Diese sollen explizit  
43 für BürgerInnen geschaffen werden, die im jeweiligen Stadtteil ihren Hauptwohnsitz  
44 haben.

45 Weitere Formate, die allerdings teilweise durch ein ausgewähltes Themenspektrum  
46 gekennzeichnet, aber dennoch positive und wichtige Instrumente der BürgerInnen-  
47 beteiligung sind, stellen BürgerInnenhaushalte und BürgerInnenkommissionen  
48 (auch Planungszellen genannt) dar. Beim BürgerInnenhaushalt wird den Bürgerin-  
49 nen und Bürgern die Möglichkeit gegeben sich in die politische Schwerpunktsetzung  
50 durch Beteiligung an der Erstellung des Haushaltplanes einzubringen.

51 BürgerInnenkommissionen lassen sich als Unterstützung der Verwaltung oder Poli-  
52 tik begreifen, die eingesetzt werden, um sich mit einem speziellen (Planungs-  
53 )Problem auseinanderzusetzen. Ihre Ergebnisse gehen anhand so genannter Bürger-  
54 Innengutachten in die Arbeit der politischen Gremien und/oder der Verwaltung ein.  
55 Sie sind vor allem dort sinnvoll, wo Planungsaufgaben zu erledigen sind, bei denen  
56 bereits „Interessenskonflikte“ sichtbar werden. Ein entscheidendes Merkmal der  
57 BürgerInnenkommissionen ist zudem die Zufallsauswahl der Bürgerinnen und Bür-  
58 ger, um somit eine möglichst heterogene Gruppe an Bürgerinnen und Bürgern zu  
59 beteiligen. Die politikwissenschaftliche Beteiligungsforschung beschreibt gerade  
60 solchen sehr heterogen zusammengesetzten Formaten eine hohe Problemlösungs-  
61 kompetenz zu.

62

### 63 **Beiräte**

64 Wiederum eine klassische Form der BürgerInnenbeteiligung sind die Beiräte (bspw.  
65 für SeniorInnen oder AusländerInnen). Diese gilt es zu erhalten und weiterhin in die  
66 politischen Entscheidungsprozesse einzubinden. Neben der beratenden Funktion  
67 soll den Beiräten durch Stimmrecht in den entsprechenden Fachausschüssen der  
68 Stadtverordnetenversammlung eine höhere Gewichtung zukommen.

69

### 70 **Jugendbeteiligung**

71 Auch ein Beirat für Jugendliche ist uns Jusos ein besonders wichtiges Anliegen. Als  
72 Jugendbeirat stellen wir Jusos uns die Einführung eines Kinder- und Jugendparla-  
73 ments vor. Kinder- und Jugendparlamente bieten dabei unserer Meinung nach zwei  
74 Vorteile: Zum einen eröffnen sie Beteiligungsmöglichkeiten durch die Einbindung in  
75 die bestehenden politischen Prozesse. Zudem bieten sie die Möglichkeit Kinder und  
76 Jugendliche für unsere Demokratie zu sensibilisieren. Demokratiepädagogisch ge-  
77 sehen sind Jugendparlamente zum anderen ein wichtiges Instrument zur Entwick-  
78 lung einer selbstgesteuerten, staatsbürgerlichen Persönlichkeit.

## „Chancen und Grenzen von BürgerInnenbeteiligung“

79 Neben einem Kinder- und Jugendparlament, das zudem über ein eigenes Budget  
80 verfügen sollte, stellen projektbezogene Beteiligungsformen eine zweite Säule der  
81 Jugendbeteiligung dar. Bei der Entwicklung und Durchführung von Projekten der  
82 Jugendpflege spielt dies eine wichtige Rolle. Kinder und Jugendliche wollen einge-  
83 bunden werden und sie lehnen es ab, wenn die Entscheidungen über ihre Köpfe  
84 hinweg getroffen werden. Und dies aus unserer Sicht zurecht!

### 85 86 **Einbindung und Grenzen**

87 Damit BürgerInnenbeteiligung angenommen wird und positive Effekte auf die Ge-  
88 staltung von Politik ausüben kann, braucht es eine Ernsthaftigkeit gegenüber den  
89 Verfahren. Dies heißt für uns, dass Ergebnisse aus den unterschiedlichen Beteili-  
90 gungsformaten in den politischen Prozess bzw. deren Gremien eingebracht und dort  
91 angemessen beraten werden. BürgerInnenbeteiligung ist für eine lebendige Bürger-  
92 Innengesellschaft Grundvoraussetzung und es gilt noch einmal explizit zu benennen,  
93 dass BürgerInnenbeteiligung für uns das inklusivste Mittel der Politikberatung dar-  
94 stellt. In diesem Sinne sehen wir die gewählten Politikerinnen und Politiker in den  
95 politischen Gremien als die LetztentscheiderInnen (außer natürlich beim BürgerIn-  
96 nenentscheid, der explizit ein BürgerInnenvotum zum Ziel haben sollte) an. Die re-  
97 präsentative Demokratie hat den Anspruch einen ganzheitlichen Politikansatz zu  
98 verfolgen. Dies bedeutet für uns Jusos, dass die VolksvertreterInnen die Aufgabe  
99 haben keine Partikularpolitik, sondern Politik für die gesamte Gesellschaft zu ma-  
100 chen. So wollen wir verhindern, dass BürgerInnenbeteiligung zu einem Erpres-  
101 sungsinstrument bestimmter Gesellschaftsschichten wird. Schließlich kann es nur  
102 dort eine lebendige BürgerInnengesellschaft geben, wo auch ein Klima der sozialen  
103 Zusammengehörigkeit besteht.